

Kein Krieg mehr von deutschem Boden

Referat von Albrecht Schönherr bei der Jahrestagung der Gustav-Heinemann-Initiative in Rastatt am 22. Mai 1982

Die Gustav-Heinemann-Initiative wurde 1978 von Persönlichkeiten aus Politik, Kirchen und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland gegründet, um für die Erhaltung eines freiheitlichen Grundklimas einzutreten und "Fragen aufzugreifen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind, die aber innerhalb des derzeitigen Parteienspektrums nicht oder nicht deutlich genug aufgreifbar und durchsetzbar sind". Jeweils zum Verfassungstag hält die Initiative in Rastatt ihre Jahrestagung, 1982 zum Thema "Friedensaufgaben der Deutschen". Die Referate der Tagung sind dokumentiert in: Titus Häussermann, Horst Krautter (Hrsg.), Frieden - Aufgabe der Deutschen, Stuttgart 1982.

In diesem einen wenigstens sind sich die beiden deutschen Staaten einig. Dies eine wenigstens sprechen ihre Repräsentanten gemeinsam aus: *Kein Krieg mehr von deutschem Boden!* So Helmut Schmidt und Erich Honecker zuletzt nach dem Gespräch am Werbellinsee in der Mark Brandenburg im letzten Dezember.

Der Schlußpunkt damals war ein gemeinsamer Besuch des Doms in Güstrow. Ich möchte glauben, daß der Besuch nicht nur für die Medien stattfand. In ihm drückte sich Bedürfnis des einen und Respekt des anderen Gesprächspartners aus. Als Christ stimmt es mich froh und erfüllt mich mit Hoffnung, daß die beiden dort der eindringlichen Stimme des Raumes und seiner Bildwerke gelauscht haben. Ich denke besonders an Barlachs "Schwebenden". Vielleicht hat er ihnen dies gesagt: Ihr habt über Trennendes und Gemeinsames, über Leid und Verhütung von Leid gesprochen. Da ist

etwas, da ist einer, der über dieser Erde schwebt. Der nimmt alles Leid der Welt in sich auf; die Augen geschlossen, die Arme vor der Brust gekreuzt, daß nichts herausfällt. Einer, der bewirkt, daß das Leid, das wir Menschen einander und dieser Erde antun, aufgehoben, getragen wird, damit wir unter dem aufgetürmten Leid nicht erdrückt werden, damit wir weiterleben können, damit es noch eine Zukunft gibt. Es ist gut, glaube ich, daß dies der letzte große Eindruck war, den die beiden Staatsmänner von ihrem Zusammensein in der Deutschen Demokratischen Republik mitgenommen haben.

Kein Krieg von deutschem Boden - das legt fest: Es gibt nichts zwischen den beiden deutschen Staaten, das Vorrang hätte vor der Verpflichtung, den Frieden zu halten und zu festigen. Das ist eine Erkenntnis, die erst mit dem Aufkommen der Atomwaffen gewonnen wurde. Früher galt es als erste Pflicht, der Nation zu dienen und, wenn sie bedroht wurde, bereit zu sein, für sie zu sterben. Heute wissen wir, daß es nach einem Krieg in Europa keine Nation mehr gäbe.

Aber was ist es mit der Nation? Sind wir eine deutsche Nation, auch in zwei deutschen Staaten? Oder gibt es eine bundesdeutsche und eine DDR-Nation? Oder gar eine europäische Nation und hier vielleicht eine west- und eine osteuropäische?

Natürlich hängt mit dieser Ungewißheit zusammen, daß ein selbstverständliches Nationalbewußtsein, das ohne Krampf, ohne Argumentation und Demonstration einfach da wäre, zur Zeit nicht vorhanden ist. Wer, wie ich, die Zeit des "Dritten Reiches" miterlebte, hat ein gestörtes Verhältnis zu diesem Begriff.

Vielleicht ist Dietrich Bonhoeffers Urteil extrem hart, allerdings angesichts dessen, was sich zur Zeit im Südatlantik abspielt ([Krieg zwischen Großbritannien und Argentinien um die](#)

Falklandinseln), nicht von der Hand zu weisen:

"Der Nationalismus führt unabweglich in den Krieg.

Die Befreiung des Menschen als absolutes Ideal

führt zur Selbstzerstörung des Menschen. Am

Ende des Weges, der mit der Französischen

Revolution beschritten wurde, steht der

Nihilismus." (Ethik, S.41)

Wahrscheinlich muß sich noch vieles klären und bewähren, bevor wir wieder mit dem Begriff einer deutschen Nation argumentieren sollten. Heute sind manche Stimmen zu hören, die das deutsche Nationalgefühl wieder geweckt sehen wollen. Wir sollten nicht vergessen, daß, unsere Nachbarn solche Stimmen nur mit großer Besorgnis vernehmen, zumal dann, wenn von einer wiedervereinten Nation die Rede ist. Daß wir Deutschen deutsche Interessen wahrnehmen sollen vorausgesetzt, daß wir wissen, welches unsere wahren Interessen sind wird man verstehen können und müssen. Vor einem nebelhaft nostalgischen, emotionalen und ausländerfeindlichen Nationaldenken sollten wir auf der Hut sein!

Ich schlage vielmehr vor, die besondere Gemeinschaft der Deutschen in den beiden deutschen Staaten unter ethische Kategorien zu fassen. Über allem, was uns gemeinsam betrifft, ist die Aufgabe, den Frieden zu erhalten und zu befestigen, die wichtigste. Alles, was wir aneinander und miteinander tun, ist diesem Ziel unterzuordnen. Was den Frieden destabilisiert, darf nicht geschehen. Dies können die anderen Völker nach dem Opfer von 50 Millionen Menschen, das wir Deutschen verursacht haben, von uns erwarten.

Unter solchen ethischen Kategorien beschreibe ich die Gemeinschaft der Deutschen in den beiden deutschen Staaten

- als Haftungsgemeinschaft,

- als Verantwortungsgemeinschaft,

- als Hoffnungsgemeinschaft.

Haftungsgemeinschaft

Die meisten Deutschen heute haben das "Dritte Reich" und seinen Untergang nicht selbst erlebt. Sie tragen also auch keine Schuld daran, was wir damals angerichtet haben. Aber sie werden mit uns haftbar gemacht. Ob sich die Staaten auch juristisch für alles, was damals geschah, haftbar machen lassen oder nicht - wir einzelne sind es auf jeden Fall. Und es wird noch lange dauern, bis uns das nicht mehr nachgetragen wird und bis man keine Angst mehr vor uns hat. Wir Älteren haben die Verpflichtung, uns genau zu erinnern und daraus die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Die Erinnerungen sollten sich nicht darauf beschränken, unsere Pfiffigkeit zu preisen, mittels derer wir uns durchgeschlängelt haben, oder unsere Tüchtigkeit, mit der wir es wieder zu etwas gebracht haben.

Die evangelischen Kirchen haben nach dem Krieg das Stuttgarter Schuldbekenntnis abgelegt. Ich erinnere mich noch sehr deutlich, wie schwer es mir als Lagerpfarrer geworden ist, es den hohen Offizieren, die eine Zeitlang meine "Gemeinde" waren, klar zu machen. Das Darmstädter Wort des Bruderrates, die notwendige Ergänzung und Konkretisierung, hat dann nur noch ein geringes Echo gehabt. Man war schon wieder bei anderen Themen.

Wir Kirchen in den beiden deutschen Staaten haben zum 1. September 1979, also zum vierzigsten Jahr nach Kriegsbeginn, ein gemeinsames Wort erarbeitet, das die Haftungsgemeinschaft auszudrücken versucht. Hoffentlich haben wir in unserer vergeßlichen Zeit nicht schon wieder beiseitegeschoben, was wir damals gesagt haben: "In unterschiedliche

politische, wirtschaftliche und militärische Weltsysteme hineingestellt, nehmen die evangelischen Kirchen in den beiden deutschen Staaten den Auftrag, das Evangelium je in ihrem Verantwortungsbereich auszurichten, eigenständig wahr. Gemeinsam sprechen sie heute im Bewußtsein ihrer gemeinsamen Betroffenheit und Schuld. An der Nahtstelle zweier Weltsysteme bekennen sie sich gemeinsam zu ihrer besonderen Verantwortung für den Frieden. Genau das ist es! Später heißt es dann: 1945 haben Unzählige geschworen: Nie wieder Krieg! Heute muß dieser Ruf bekräftigt werden, nicht nur mit leidenschaftlichem Herzen, auch mit besonnenem Verstand. Die Arbeit für eine Friedensordnung ... erfordert Nüchternheit, Geduld und Mut ... Wir wissen: Lange bevor ein Krieg ausbricht, hat er in den Gedanken und Herzen der Menschen schon begonnen. Mißtrauen und Angst und das Gefühl der Bedrohung löschen alle anderen Hoffnungen aus. Darum haben wir jetzt für eine konsequente Erziehung zum Frieden zu sorgen." Soweit das Kanzelwort, das von den meisten Kanzeln in der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik verlesen worden ist.

Auf der politischen Ebene hat es solche Gemeinsamkeit bisher nicht gegeben. Zu verschieden ist die Art, wie in den beiden deutschen Staaten die Vergangenheit aufgearbeitet worden ist. Ich gestehe offen, daß ich Mühe habe zu verstehen, warum in der Bundesrepublik die fälligen Prozesse so spät und dann natürlich nicht mehr überzeugend durchgeführt worden sind und warum man manchmal so "großzügig" mit schwer belasteten Personen umgegangen ist.

Wie dem auch sei: Ein deutscher Staat ist nach dem Zweiten Weltkrieg unvergleichlich dazu verpflichtet, alles zu tun, daß kein Krieg mehr von deutschem Boden ausgeht.

Ich füge einen Gedanken hinzu, der mir wichtig ist. Es waren vor allem die Kommunisten, die mit Konsequenz und großen persönlichen Opfern dem "Dritten Reich" widerstanden haben. Sie haben die meisten Blutopfer gebracht. Zusammen mit Demokraten und Christen saßen sie in den Gefängnissen und starben in den Konzentrationslagern. Der Respekt und die Kameradschaft, die damals wuchsen, haben neben einer Reihe von anderen Ursachen bewirkt, daß sich das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR relativ günstig darstellt. Die Erinnerung an diese Leidensgemeinschaft sollte auch in der Bundesrepublik nicht verdrängt werden. Sie könnte Brücken bauen helfen.

Verantwortungsgemeinschaft

Diese Formulierung des Historikers Rudolf von Thadden scheint mir gut auszudrücken, was in der Gegenwart zu geschehen hat, damit es keine leere Phrase bleibt: Nie wieder Krieg von deutschem Boden!

Die beiden deutschen Staaten befinden sich an der *Nahtstelle* zwischen den beiden Militärblöcken. Nähte sind gefährdet, wenn sie Verschiedenartiges zusammenhalten sollen. Schon die Bibel warnt bekanntlich davor, einen neuen Flickens auf alten Stoff zu nähen. Der Krieg, die unbedingte Kapitulation und der Kalte Krieg danach haben dafür gesorgt, daß die beiden deutschen Staaten im Gegensatz zueinander gebildet wurden und sich immer stärker auseinanderentwickelt haben. Ein Friedensvertrag, der an dieser Tatsache etwas Wesentliches ändern könnte, ist nicht in Sicht und in diesem Stadium der Geschichte kaum noch denkbar. Das Deutsche Reich, mit dem - als der kriegführenden Macht - er geschlossen werden müßte, ist nicht mehr da und auch nicht ad hoc zu beleben. Beide deutschen Staaten sind

völkerrechtlich anerkannt, Mitglieder der UNO und werden von ihren Bündnispartnern rechtlich und militärisch geschützt. Es gibt keine Gemeinschaft vorbei an der Tatsache der beiden deutschen Staaten und an den Pakten, in die sie eingebunden sind. An ein Aussteigen zu denken, ist Illusion. Die Stabilität des Friedens nicht nur in Europa hängt in hohem Maße an der Stabilität in Mitteleuropa (also Polen und die Tschechoslowakei eingeschlossen).

Eine Naht, die verschiedenartige Gewebe zusammenhält, kann reißen, wenn der Faden zu schwach oder wenn das Gewebe mürbe ist. Die Friedensaufgabe der Deutschen besteht zu einem guten Teil darin, alles nur Mögliche dafür zu tun, daß die Naht hält.

Was sind solche *Fäden*, die wir uns haltbar wünschen? Ich nenne in erster Linie die Vertragswerke von Anfang der siebziger Jahre, aber auch die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki (KSZE) von 1975. Solche Verträge, auf dem Boden der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung der Souveränität geschlossen, sind sozusagen geronnener Friedenswillen. Sie tun als Institution von Dauer ihren besten Dienst in Krisenzeiten - wie das Institut der Ehe zwischen Mann und Frau. Sie stellen Tisch und Stühle bereit, die die Parteien benutzen können, ohne jedesmal nach dem *ob Überhaupt* fragen zu müssen. Wir tun gut daran, Verträge ernst zu nehmen und unsere Regierungen zu ermutigen, sie zu benutzen und ihre Inhalte abzurufen.

In zweiter Linie denke ich daran, zwischen beiden Blöcken und besonders den beiden deutschen Staaten beharrlich nach Feldern des Einvernehmens zu suchen und diese Inseln im Meer der Mißverständnisse und Spannungen mit Phantasie und Geduld beständig zu vergrößern. Natürlich gilt unser Hauptinteresse den laufenden

Verhandlungen. Jeder weiß, daß an ihrem Ausgang mit großer Wahrscheinlichkeit unser aller Überleben hängt. Beide Seiten wollen als gleich ernst zu nehmende Verhandlungspartner verstanden werden. Sie wollen weder Nötigungen noch Erpressungen ausgesetzt sein. Lebensgefährlich, weil den Erfolg von Verhandlungen blockierend, ist es, wenn eine Partei grundsätzlich Überlegenheit beansprucht oder die andere "totzurüsten" droht. Das kann zu unberechenbaren Reaktionen führen.

Gerade die Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen verfolgen wir mit größter Sorge, weil die immer kürzer werdenden Flugzeiten vernünftige menschliche Reaktionen immer unmöglicher machen und die Entscheidungen dem Computer überlassen. Hingegen scheint in der Diskussion um atomwaffenfreie Zonen ein guter Ansatz zu liegen: Wird der Gedanke von einigen Staaten ernsthaft aufgegriffen und führt er zu Resultaten, könnte das Sogwirkung in Richtung auf ein atomwaffenfreies Mitteleuropa und später auf ganz Europa haben.

Wir Christen haben, zuletzt bei der ökumenischen Anhörung in Amsterdam im November 1981, dazu aufgefordert, daß beide Seiten einseitige, kalkulierte Vorleistungen bringen, um so die Abrüstung in Gang zu bekommen. Es ist nicht zu verstehen, daß die beiden Vorleistungen Breschnews vom Oktober 1979 und Frühjahr 1982 als bloße Propagandatricks abgetan werden. Man wünschte sich solche "Propagandatricks" auch von der anderen Seite! Es ist einleuchtend, daß es gut wäre, die vorhandenen Waffenvorräte auf dem gegenwärtigen Stand erst einmal einzufrieren, wie es auch die amerikanische Friedensbewegung unter dem Schlagwort *freeze* vorschlägt. Die Rüstungsspirale an irgendeiner Stelle anzuhalten, ist doch wohl vernünftiger, als sie sich immer schneller weiterdrehen zu lassen. Zu der Frage des

Gleichgewichtes, das dann gestört sein könnte, möchte ich folgendes zu erwägen bitten:

Ich habe Sorge, wenn diese Frage allzusehr strapaziert wird. Wie kann es ein *Gleichgewicht* zwischen zwei schon geographisch asymmetrischen Blöcken geben? Außerdem halte ich das Wort Gleichgewicht für reinen Euphemismus. Das Bild einer Waage, die man mit immer mehr Gewichten belasten und doch in einem Gleichgewicht halten kann, trügt. Wer zu viel auf die Waagschalen packt, riskiert, daß der Waagebalken bricht. Manchmal ist man versucht, ein anderes Bild zu denken: Zwei Feinde stehen sich mit der geladenen Pistole im Anschlag gegenüber. Aber gerade bei dieser Vorstellung ist die Frage des Gleichgewichts nicht entscheidend. Im Grunde ist es ziemlich gleichgültig, ob der eine drei, der andere vier Geschosse im Magazin hat. Eins genügt.

Der Handel ist ein wichtiger Faden. Es ist von einiger Bedeutung, wenn sich alle halben Jahre Minister beider deutscher Staaten auf der Leipziger und der Hannover-Messe treffen, auch wenn die Wetterlage nicht günstig ist. Freilich wird man guttun, die wirtschaftlichen Beziehungen nicht zu überschätzen. Keiner der beiden Partner, bestimmt nicht die DDR, wird auf wirtschaftlichen Druck hin größere politische oder ideologische Opfer bringen.

Nicht zu unterschätzen sind die persönlichen Beziehungen zwischen den Politikern, die gerade bei unüberbrückbaren ideologischen Gegensätzen eine erhebliche Bedeutung haben. Es kommt sehr viel darauf an, daß die Gesprächspartner sich gegenseitig kennen, einander berechenbar werden und Vertrauen gewinnen. Das ist möglich und wirksam.

Die Massenmedien beider Seiten könnten eine wichtige Nahtfunktion haben. Sie könnten das gegenseitige Vertrauen stärken, ohne die bestehenden Gegensätze zu verschleiern. Einige

tun das in einer Weise, für die wir nur dankbar sein können. Andere scheinen weniger dem gegenseitigen Verstehen als dem Kalten Krieg verpflichtet zu sein. Ein Beispiel, das in unseren Tagen besonders aktuell ist: Kritische Anfragen von Jugendlichen aus der DDR, die in kirchlichen Räumen laut werden, werden verallgemeinert und als das Aufkommen einer "politischen Opposition" gewertet. Kurzschlüssige oder naive Appelle werden zu Schlagzeilen verarbeitet, die geeignet sind, das Verhandlungsklima zwischen den beiden deutschen Staaten zu stören. Wenn man in der DDR irgendwelche Gruppen als "Opposition" etikettiert, programmiert man geradezu ihre Vernichtung. Das würde auch geschehen, wenn nicht immer wieder Wege gefunden würden, um die Ereignisse und ihre publizistische Behandlung in vernünftiger Weise miteinander aufzuarbeiten.

Ich möchte es mir nicht versagen, in diesem Zusammenhang den Vorschlag des ebenso erfolgreichen wie umstrittenen amerikanischen Evangelisten Billy Graham wiederzugeben. Er hat ihn im Mai 1982 bei dem Treffen von Vertretern vieler Religionen in Moskau gemacht. Er schlägt den Führern der Nationen, besonders denen der wichtigsten Mächte, ein *Moratorium der feindseligen Rhetorik* vor. "Friede wird nicht fester in einem Klima von Mißtrauen, in dem jede Seite in steigendem Maße die andere falscher Absichten und heimlicher Aktionen beschuldigt. ja, es gibt fundamentale ideologische Unterschiede, die unsere Welt teilen, und es ist unrealistisch anzunehmen, daß diese Ideologien von denen, die sich daran halten, aufgegeben werden. Aber das ist der Sache des Friedens nicht dienlich, wenn die Nationen sich die jeweils anderen Ansichten nicht anhören wollen und sich weigern, das, was die andere Seite sagt, ernst zu nehmen."

Und ich darf eine weitere Bemerkung

hinzufügen: Luther sagt einmal: "Der Theologe des Kreuzes nennt die Dinge beim rechten Namen." Das ist das Gegenteil davon, Dinge grundsätzlich mit falschem Namen zu benennen, oder Namen zu nennen für Dinge, die es gar nicht gibt.

Bleibt, nach den *Fäden*, die Frage nach den *Geweben*.

Die Erkenntnis scheint mit den Jahren Raum gewonnen zu haben, daß zwei starke, selbstbewußte Partner den Frieden stabiler machen als schwache oder als schwach gewollte oder als für schwach ausgegebene. Was die DDR betrifft, so darf man nicht vergessen, daß sie mehr als zwanzig Jahre auf Betreiben der BRD völkerrechtlich nicht anerkannt war. Solche Erfahrungen hinterlassen Narben. Dies und Erkenntnisse aus der Geschichte der Arbeiterklasse lassen verständlich werden, daß jeder Versuch oder Anschein einer Nötigung sofort die Situation des Klassenkampfes heraufbeschwört. Es gibt eine innere Notwendigkeit, für humanere Verhältnisse, für mehr Gleichberechtigung und Beteiligung aller zu sorgen. Willige Bürger leisten Besseres als unwillige. Entwicklungen in Richtung auf besseren Umgang mit Andersdenkenden, um ein christliches Anliegen zu nennen, können nur von innen unter entspannten Verhältnissen erwartet werden. Die Kirchen haben aus diesem Grunde das Ihre dazu getan, zu einem differenzierteren Urteil über die DDR zu verhelfen. Sie haben zum Beispiel versucht, deutlich zu machen, daß das Gespräch des Staatsratsvorsitzenden mit dem Vorstand des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR am 6. März 1978 kein taktisches Manöver war, sondern daß es eine kontinuierliche Kirchenpolitik signalisierte, die gerade auch für Zeiten größerer Spannung ein vernünftiges Miteinander, vor allem eine solide Basis für das Gespräch garantieren sollte. Daß es immer wieder einmal Spannungen

geben würde, war beiden Seiten von vornherein klar. Trotz aller Behauptungen, der 6. März sei tot, weil es zur Zeit Spannungen gibt, ist festzuhalten, daß die Bereitschaft, im Gespräch miteinander zu bleiben, nach wie vor voll gegeben ist.

Friedensgefährdend ist es hingegen, wenn auf beiden Seiten Feindbilder vorausgesetzt und gepflegt werden. Man kann niemandem verbieten, Gegner des Kapitalismus oder des Kommunismus zu sein. Gefährlich wird es nur, wenn die politisch begründete Gegnerschaft ins Irrrationale absinkt und sich dann in einen Haß verdichtet, der sich nicht auf das Böse - das wäre biblisch -, sondern auf *die* (vermeintlich) Bösen richtet. Haß aber ist geistiger Totschlag. Es beunruhigt, daß zum Beispiel die Bezeichnung *Kommunist* in vielen Teilen der Welt einem Todesurteil gleichkommt und in anderen Teilen mindestens zur moralischen und gesellschaftlichen Disqualifizierung führt. Man muß manchmal den Eindruck haben, daß die eigentliche Triebfeder des Antikommunismus der Haß gegen die potentiellen Expropriateure ist und der Vorwurf der *Gottlosigkeit* im Namen eines recht domestizierten, vor allem das Eigentum sichernden Gottes gemacht wird.

Zurück zur gemeinsamen Verantwortung für einen stabilen Frieden. Ich halte es für zwingend, daß Sicherheit heute im Atomzeitalter nur als *gemeinsame* Sicherheit bewahrt werden kann. Entweder wir denken miteinander und sind auch um die Sicherheit des anderen besorgt, oder wir kommen nicht mehr zum Denken, weil wir gemeinsam sterben.

Vor allem kommt es darauf an, auch die letzten aus ihrer Gleichgültigkeit für die entscheidende Frage der Menschheit herauszuholen. Auf dem schon erwähnten Moskauer Kongreß wurde ein russischer Schriftsteller der dreißiger Jahre zitiert:

"Fürchte dich nicht vor den Feinden - im

schlimmsten Fall können sie dich töten.

Fürchte dich nicht vor den Freunden - im schlimmsten Fall können sie dich verraten.

Fürchte dich vor den Gleichgültigen - weder töten noch verraten sie, aber nur mit ihrer schweigenden Zustimmung gibt es auf der Erde Verrat und Mord."

Hoffnungsgemeinschaft

Heinrich Rathke, Landesbischof von Mecklenburg, sagte den beiden Staatsmännern im Güstrower Dom, in seiner Kirche werde für den Marxisten Erich Honecker und den Christen Helmut Schmidt gebetet. Wer für jemanden betet, erwartet etwas von ihm und hat Hoffnung für ihn. Helmut Schmidt sagte, Erich Honecker und er seien sich näher gekommen; das sei ein Zeichen der Hoffnung. Das waren gute Worte. Ich sehe es als eine der wichtigsten politischen Aufgaben der Christen an, Hoffnung zu wecken. Ohne eine starke, ja unverwüsthliche Hoffnung kann man heutzutage nichts für den Frieden tun.

Hoffnungen sind nicht gleich Illusionen. Illusionen machen wir uns immer dann, wenn wir unbiblisch vom Menschen denken, wenn wir uns einen Standort in irgendwelchen unirdischen Höhen suchen und wenn wir also unsere eigene Verantwortung auf einen bequemen "lieben Gott" oder auf selbsternannte Helden abwälzen wollen.

Wir Christen wissen, daß es für diese Welt die eine große Hoffnung gibt, das Reich Gottes. Jesus hat sie uns verkündet. Seitdem können wir die Menschen und diese Erde nicht mehr ohne diese Hoffnung sehen. Wir werden das, was wir - auch politisch - zu tun haben, in Richtung auf diese Hoffnung hin tun. Wir suchen nach Zeichen der Hoffnung, die uns darin bestärken - auch im Bereich des Politischen.

Ich denke, die Tatsache, daß in beiden Lagern so

viele Menschen in diesen letzten Jahren sensibler für die Fragen des Friedens und der Umwelt geworden sind, ist ein solches Zeichen der Hoffnung. Wir Christen müssen das Unsrige dazu tun, daß diese Hoffnung nicht wieder in Resignation verkommt oder sich auf die Abwege der Illusion begibt oder gar zum Opfer von Verführern wird.

Damit komme ich zu dem besonderen Beitrag der Christen und Kirchen in der DDR dazu, daß der Satz *Nie wieder Krieg von deutschem Boden* keine schöne Parole bleibt.

Die Kirchen in der DDR haben nicht erst aufgrund der Friedensbewegung in der BRD und der Anfragen, die in den letzten Jahren aus der eigenen Bevölkerung kamen, die Fragen des Friedens ernsthaft bewegt. Sie haben das Stuttgarter Schuldbekenntnis von 1945 auch als Bekenntnis des politischen Versagens verstanden. Es gehört zu einer recht verstandenen Buße, daß die Christen ihre politische Verantwortung erkennen und daß die Kirchen ihnen helfen, sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten wahrzunehmen.

Eine der ersten Synoden der EKD, die von Weißensee 1950, war ausdrücklich dem Frieden gewidmet. Für die Kirchen in der DDR verdichtete sich im Laufe der Zeit die Überzeugung, daß die Aufgabe, alles nur Mögliche für den Frieden zu tun, mindestens zur Zeit die zentrale Verpflichtung für den Glaubenden ist. Die Kirchen sind sich dessen bewußt, daß sie um der Wahrheit willen ihr gesamtes Wissen um den Menschen, um seine Würde, aber auch um seine Entfremdung von Gott, von dem Mitmenschen und von sich selbst, also seine Sünde, vor allem aber das Wissen um seine Hoffnung einzubringen verpflichtet sind. Gebet und Gottesdienst gewannen zentrale Bedeutung für das politische Handeln. Dadurch blieb das Zentrum unseres Glaubens stets im Blick.

Was ist für die Friedensbemühungen der Kirchen in der DDR heute charakteristisch? Die Friedensbemühungen schließen sich einigermaßen kontinuierlich an die der fünfziger Jahre an. Eine Flaute, wie sie sich in der Bundesrepublik nach der Spandauer *Ohnmachtsformel* 1958 (Die "Spandauer Ohnmacht'sformel" ist im Beschluß der EKD-Synode von 1958 zur Diskussion über die Atombewaffnung enthalten. Sie lautet: "Die unter uns bestehenden Gegensätze in der Beurteilung der atomaren Waffen sind tief. Sie reichen von der Überzeugung, daß schon die Herstellung und Bereithaltung von Massenvernichtungsmitteln aller Art Sünde vor Gott ist, bis zu der Überzeugung, daß Situationen denkbar sind, in denen in der Pflicht zur Verteidigung der Widerstand mit gleichwertigen Waffen vor Gott verantwortet werden kann. Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze." (KJ 1958, S. 66)) und den - mißverstandenen - Heidelberger Thesen 1959 (Die "Heidelberger Thesen" der Evangelischen Studiengemeinschaft führten die Diskussion fort: "Wir müssen versuchen, die verschiedenen im Dilemma der Atomwaffen getroffenen Gewissensentscheidungen als komplementäres Handeln zu verstehen" (These 6). Einerseits gelte (These 7): "Die Kirche muß den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen." Demgegenüber steht die These 8: "Die Kirche muß die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen." (KJ 1959, S. 100ff)) zeigte, gab es dort nicht. Dazu trägt die Tatsache bei, daß die Gesellschaft der DDR die Kirchen in ihrem Raum immer wieder zur Stellungnahme und zum Mittun aufgefordert hat. In der DDR gibt es einige *besonders gute*

Voraussetzungen für die Friedensarbeit:

- Der sozialistische Staat bekennt sich ausdrücklich und unbedingt zum Frieden. In diesem Sinne hat er im Rahmen seines Bündnisses eine Fülle von Vorschlägen auf den Tisch gelegt. Er hat keine Forderungen auf Revision der Grenzen. Es gibt plausible, objektive Gründe, daß sozialistische Länder mit verstaatlichten Industrien sich in einer anderen Situation befinden als solche mit einer unabhängigen Rüstungsindustrie.

- Der sozialistische Staat der DDR hat sich mehrfach durch seine höchsten Repräsentanten voller Anerkennung über die Friedensarbeit der Kirchen in der DDR ausgesprochen. Zu verweisen ist besonders auf die Würdigung durch den Staatsratsvorsitzenden Honecker am 6. März 1978. Der Staat gibt die Möglichkeit zu offenen Sachgesprächen, in denen beide Seiten sich gegenseitig informieren können.

- In der DDR existiert kein Militärseelsorgevertrag; damit entfallen Ansprüche, die man aus einem solchen Vertrag gegeneinander geltend machen könnte. Es gibt - wenigstens in den dafür in Frage kommenden Ressorts - keine christlichen Minister, deren Glaubwürdigkeit bei unterschiedlichen Meinungen in Frage gestellt werden könnte. Gerade auf diesem Gebiet ist die unbedingte Trennung von Staat und Kirche hilfreich. Entgegenkommen und Verständnis sind damit gerade nicht ausgeschlossen.

Spezifische Schwierigkeiten sollen nicht verschwiegen werden:

- Bei allem, was von staatlicher und kirchlicher Seite zum Frieden gesagt und für ihn getan wird, bei weitgehender Übereinstimmung in der Kritik an der Aufrüstung und der Forderung nach Abrüstung darf nicht übersehen werden, daß die Akzente bei dem Wort *Frieden* verschieden gesetzt werden. Während es den Christen darum geht, den Frieden

und damit das Leben zu bewahren - weil die Schöpfung Gottes nicht durch unsere Schuld verkommen darf, weil Gott die Menschen durch Christi Geburt, Leben, Leiden und Auferstehen mit sich versöhnt und damit die Grundlage zur Versöhnung auch untereinander gegeben hat, weil wir auf die Erlösung dieser Erde warten -, ist für den marxistischen Partner der Friede und damit die Erhaltung des Lebens eng mit dem Sieg des Sozialismus verbunden. Weil Sozialismus und Friede eins seien, sei alles, was den Sozialismus oder einen sozialistischen Staat fördert, unmittelbar Förderung des Friedens. Beim Novemberplenar 1981 des Zentralkomitees der SED hieß es, "daß unsere ganze Republik sozialer Friedensdienst ist". Wir Christen können aus grundsätzlich-theologischen und aus Gründen der Erfahrung eine Idee und deren Verwirklichung in der Geschichte nicht in eins sehen. Auch die Kirche ist, was die Verwirklichung des Willens Gottes angeht, nicht schon Reich Gottes.

- Die Kirche bekommt den Vorwurf zu hören, sie gebe erst jetzt, da sie in einem sozialistischen Staat lebe, *pazifistischen* Gedanken Raum. Damit unterbreche sie eine lange Tradition. Unter kapitalistischen Verhältnissen hätten Christen kein schlechtes Gewissen gehabt, ihr Vaterland mit der Waffe zu verteidigen. Wir Christen in der DDR tun gut, solche Einrede nicht zu überhören und darüber zu wachen, daß unser Friedenszeugnis rein bleibt. Aber es geht uns um etwas ganz anderes. Wir Christen erinnern uns mit Scham dessen, wie wenige von uns in dem verbrecherischen Krieg den Kriegsdienst verweigert und dafür mit dem Leben bezahlt haben. Die Kirchen hatten bis dahin so gut wie nichts für Kriegs- oder Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen getan. Nun liegt das entsetzliche Erleben des Zweiten Weltkrieges hinter uns. Nun haben wir es am eigenen Leibe erfahren,

was wir früher zum Spott über unsere Feinde aufgesagt haben: "Mit Mann und Roß und Wagen hat sie der Herr geschlagen." Nun haben die Atombomben von Hiroshima und Nagasaki angezeigt, daß eine ganz neue Qualität des Kriegführens angebrochen war. Nicht zuletzt war der Gedanke furchtbar, daß in einem nächsten Krieg, sofern er in Europa stattfinden würde, Deutsche auf Deutsche schießen und damit das Gericht des Zweiten Weltkrieges vollenden würden.

Dies waren die Gründe, die die Kirchen in der DDR schon früh dazu veranlaßten, für die Verweigerer eines bewaffneten Militärdienstes einzutreten, indem sie öffentlich für sie beteten, ihnen soviel Hilfe wie möglich angedeihen ließen und ihren Staat baten, Möglichkeiten für einen Dienst in der Nationalen Volksarmee ohne Waffe zu gewähren. Die Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR vom 7. September 1964 hat die Möglichkeit eröffnet, einen *Wehrersatzdienst ohne Waffe als Bausoldat* im Rahmen der Nationalen Volksarmee abzuleisten.

Dazu verabschiedeten die evangelischen Kirchen in der DDR die Handreichung "Zum Friedensdienst der Kirche" (1965). Ich zitiere eine grundlegende Weichenstellung: "Die Fragestellung lautet nicht: Kann sich ein Christ am Krieg beteiligen? ... Vielmehr wird bei dem zentralen Schriftzeugnis von dem Friedensbund Gottes mit der Welt *ein* Christus eingesetzt." Auf diesem Hintergrund wird dann die Frage nach dem individuellen Verhalten angesichts der drei Möglichkeiten Wehrdienst mit der Waffe, Ersatzdienst in den Bausoldateneinheiten und Wehrdienstverweigerung gestellt. Keine wird prinzipiell ausgeschlossen. Das gilt bis auf den heutigen Tag. Alle drei Möglichkeiten stehen aber streng unter dem Friedensgebot Christi. Die Handreichung sieht in der Verweigerung jedoch "ein deutlicheres Zeugnis des gegenwärtigen

Friedensgebotes unseres Herrn" (Handreichung 11,3,c).

Seit der Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen hat sich fast jede Synode zur Frage des Friedens geäußert. Männer der Kirchenleitung haben dies in pointierter Weise getan. Ich nenne die Rede von Bischof Werner Krusche bei der Nyborg-Konferenz Ende April 1971 mit dem Thema "Diener Gottes, Diener der Menschen" (Kirchliches Jahrbuch 1971, S. 355ff). Mir scheint, daß folgende Sätze nicht verlorengehen sollten: "Versöhnung heißt nicht einfach: Aufhebung der Gegensätze, sondern Austragung der Gegensätze unter dem Vorzeichen des ja zueinander ... Die Kirchen können nicht selbst Partei werden, aber sie müssen Partei ergreifen, aber nicht pauschal für ein gesellschaftliches System, sondern für die konkreten Menschen und die Menschlichkeit in concreto... Frieden gibt es nicht gegen den anderen, sondern nur mit ihm. Und Frieden wird hergestellt, indem einer den bedingungslosen ersten Schritt tut. Friedenspolitik ist Politik des ersten Schrittes ... Die Ermutigung zu dieser Politik des ersten Schrittes gehört zum Friedensdienst der Kirchen." (S.339)

Aus solcher Freiheit zum Dienst haben die DDR-Kirchen sich nach langen, schwierigen Debatten entschlossen, zum Weltfriedenskongreß in Moskau 1973 im Rahmen der DDR-Delegation Teilnehmer zu entsenden. Sie haben das tun können, weil ihnen offene und unabhängige Partnerschaft versprochen worden war. Dies ist dann auch so gewesen. Es war wichtig, die Vorstellungen der Kirchen vom Frieden einmal mit ganz anderen Partnern zu diskutieren und deutlich zu machen, daß Religion für uns Christen in der DDR nicht Privatsache ist, sondern die Verpflichtung auch zur Übernahme politischer

Mitverantwortung einschließt.

So haben die Kirchen in der DDR das Zustandekommen der Helsinki Konferenz (KSZE) 1975 warm befürwortet und ihr Ergebnis begrüßt. Die erste Auswertung fand auf ihre Einladung hin noch im gleichen Herbst im Rahmen einer Konsultation der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) in Buckow bei Berlin statt. Einigkeit herrschte über folgende Punkte: Die Schlußakte insgesamt wie auch die zehn Prinzipien der friedlichen Koexistenz bilden eine unteilbare Einheit. Durch die Verbindung der Menschenrechte mit der Friedensverantwortung erscheint in den Beziehungen der europäischen Staaten zueinander eine neue, ethische Qualität. Eine Folge der politischen Entspannung muß Abrüstung sein. Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa dürfen nicht auf Kosten der jungen Nationalstaaten in der Dritten Welt gehen.

Das Ergebnis von Helsinki hat zu immer neuen Überlegungen und Anläufen ermutigt. Vor allem haben die DDR-Kirchen die Notwendigkeit *vertrauensbildender Maßnahmen* im weitesten Sinn bei einer Reihe von Sachgesprächen zum Thema *Abrüstung und KSZE* mit Vertretern der DDR-Regierung und auf internationaler Ebene betont.

Daß alles Reden von Abrüstung und Sicherheit so lange keine Ergebnisse zeitigen wird, wie die beiden Machtblöcke einander mit äußerstem Mißtrauen beobachten, war ein deutliches Ergebnis der Gespräche, die der Bund der Evangelischen Kirchen seit 1978 mit dem Nationalen Christenrat (NCC) der USA führt. Erster Anlaß für diese Gespräche, die bereits dreimal stattgefunden haben, war die Absicht der US-Regierung, die Neutronenwaffe einzuführen. Den DDR-Kirchen erschien es am wirksamsten, mit den USA-Christen in einen Dialog zu treten, die die Möglichkeit haben,

unmittelbar mit ihrer Regierung zu sprechen. Die bei diesen Begegnungen erarbeiteten Texte wurden der DDR-Regierung zugeleitet, die der ersten Konsultation unmittelbar dem Vorsitzenden des Ministerrates übergeben. Der Ministerpräsident fand Worte großer Anerkennung für die Arbeit der DDR-Kirchen für den Frieden.

Im gleichen Sinne hatte sich bereits der Vorsitzende des Staatsrates, Erich Honecker, am 6. März 1978 bei dem oft zitierten Empfang des Vorstandes des Bundes der Evangelischen Kirchen geäußert. In der amtlichen Verlautbarung, die auf der ersten Seite aller Zeitungen erschien, heißt es: "Erich Honecker würdigte das Friedensengagement, zu dem sich die Kirche gemäß den christlichen Maximen der Achtung vor dem Leben und des Dienstes am Nächsten gerufen wissen. Ihr Eintreten für die Erhaltung des Friedens, für Entspannung und Völkerverständigung könne man nur mit Befriedigung aufnehmen. Insbesondere sei die große Bedeutung des Beitrages der Kirchen zur Beendigung des Wettrüstens, zum Verbot der Massenvernichtungsmittel, vor allem der Neutronenwaffe zu unterstreichen ..." (Neues Deutschland 7.3.1978)

Die DDR-Kirchen sahen in solchen Worten die Anerkennung, daß ihnen auch in politisch und gesellschaftlich relevanten Fragen ein offenes Wort zugebilligt wird - eine Tatsache, die in einem sozialistischen Staat marxistisch-leninistischer Prägung nicht selbstverständlich ist. Es lag auf der gleichen Linie, daß Honecker beim letzten Parteitag der SED gesagt hat, das Verhältnis von Staat und Kirche sei "offener, konstruktiver und verständnisvoller" geworden.

Aber auch die Auseinandersetzungen um den Wehrkundeunterricht, die bald nach jenem Treffen vom 6. März 1978 begannen, fallen nicht aus

diesem Rahmen heraus.⁶ Die evangelischen Kirchen haben ihre Bedenken offen ausgesprochen. Sie haben sie gerade von dem immer wieder beteuerten und von uns ernstgenommenen Friedenswillen der DDR aus begründet, also von deren eigenen Voraussetzungen her. Ihr Einspruch hat zwar das Vorhaben selbst nicht verhindert, wohl aber einige Modalitäten verändert. Es wurde die Zusicherung gegeben, daß diejenigen Jugendlichen, die dem an sich obligatorischen Unterricht fernbleiben würden, nicht diskriminiert würden. Die Durchführung des Unterrichts hat freilich die hauptsächlichen Bedenken nicht zerstreut. Der Bund der Evangelischen Kirchen hat daher vor kurzem, nachdem erste Erfahrungen vorliegen, dringend gebeten, der Erörterung, wie man Konflikte auf friedlichem Wege beilegen kann, erstrangigen Raum im Lehrplan zu gewähren. Er hat wiederholt darauf hingewiesen, daß man beim Wehrkundeunterricht und auch bei den Schulungen im Rahmen der *Zivilverteidigung* - im Gegensatz zu den öffentlichen, realistischen Verlautbarungen der verantwortlichen Politiker - die Schrecken eines Atomkrieges drastisch verkleinert. Das könnte den gewiß ungewollten Effekt haben, daß sich in den Köpfen der Kinder und Jugendlichen der schreckliche Irrtum festsetzt, ein künftiger Krieg sei gar nicht so schlimm.

Der Bund der Evangelischen Kirchen meinte, als Ergänzung zu diesem Unterricht das Projekt *Erziehung zum Frieden* aktivieren zu sollen. Er hat detaillierte Vorschläge für die Gestaltung einer Friedenserziehung in die Gemeinden gegeben. Das *Rahmenkonzept* nennt die Inhalte christlicher Friedenserziehung:

"Erziehung zum Frieden ist eine Erziehung, die befähigt, ermutigt und anleitet

- zur Austragung und Bewältigung von Streit mit Mitteln des Gesprächs, der Verständigung und des

Kompromisses;

- zur kritischen Gewaltkontrolle und zum Gewaltverzicht (Druck, Zwang, körperliche Züchtigung) im zwischenmenschlichen Bereich;
- zur Bereitschaft, in einem Konflikt den ersten Schritt zur Lösung zu tun;
- zur Gewährung von Vertrauen und zu vertrauensbildenden Schritten im Zusammenleben; zum Respekt vor der Überzeugung Andersdenkender und zur Zusammenarbeit mit ihnen;
- zur Sensibilität für die Leiden anderer, die auch in spürbaren Zeichen und Opfern zum Ausdruck kommt ("Solidarität") sowie zur Bereitschaft eigenen Leidens für andere, zum Beispiel durch Verzicht;
- zu Selbständigkeit im Denken, Fühlen und Urteilen (Mündigkeit);
- zum kritischen Hinterfragen vorgegebener, mit dem Anspruch der Alleingültigkeit auftretender Überzeugungen, Werturteile und Ansichten;
- zum sachlichen und argumentativen Aussprechen der eigenen Meinung; * zur Mitverantwortung für öffentliche, kommunale, betriebliche, schulische Angelegenheiten ("gesellschaftliche Strukturen");
- zum Wahrnehmen, Nachdenken und Sprechen über globale Vorgänge und Probleme, auch wenn man als einzelner unmittelbar "nichts dafür tun kann";
- zur Mitverantwortung für eine gesunde Umwelt;
- zu einem geschärften Bewußtsein für die Dringlichkeit echter Abrüstungsschritte und zu einem sachkundigen Interesse an den aktuellen politischen Abrüstungsbemühungen; * zum Kampf um gerechte wirtschaftliche Beziehungen im Verhältnis von reichen zu armen Ländern;
- zur kritischen Auseinandersetzung mit

ausschließlich militärischen Sicherheitsvorstellungen und -konzepten, die persönliche Entscheidung in der Frage des Waffendienstes eingeschlossen;

- zur Überwindung von irrationalen Angst- und Drohvorstellungen, Feindbildern und Haßgefühlen;
- zur Bereitschaft, die eigene Ruhe um des Friedens willen stören zu lassen - bis hin zum Annehmen persönlicher Nachteile.

Friedenserziehung ist in dieser thematischen Breite kein auf Kinder oder Jugendliche beschränkter Vorgang. Sie ist eine Aufgabe der ganzen Gemeinde.

Dieses Konzept beruht auf der Überzeugung, daß das Engagement für den Frieden den ganzen Menschen fordert. Weder kann er genug haben an dem Frieden in Haus und Familie und den Frieden zwischen den Völkern den Politikern überlassen, noch ist es erlaubt, für den großen Frieden zu kämpfen und bei dem kleinen Frieden zu versagen. Eine Kirche und ein Christ werden nur dann glaubwürdig zum Frieden mahnen können, wenn sie in Haus, Gemeinde und auch im Verhältnis der Kirchen zueinander Frieden halten. Mit Recht sagte Bischof Werner Krusche in Chantilly im April 1978: "Kirchen, die keinen Frieden miteinander (und also auch keinen Frieden in Christus) haben, sind unfähig, etwas Überzeugendes zum Frieden in der Welt zu sagen oder etwas Wirksames für ihn zu tun."

So ist es vielleicht kein Wunder, daß kirchliche Friedensappelle wenig bewirken. Dennoch kann die Folgerung nicht sein, auf das Wort zum Frieden zu verzichten und die Politiker allein zu lassen. Die DDR Kirchen haben trotz aller Enttäuschungen gemeint, gerade in den letzten Jahren, da sich die Rüstungsspirale wieder irrsinnig zu drehen beginnt, ihre Stimme erheben zu sollen. Die Bundessynode in Dessau im September 1979 hat eindringlich vor der Stationierung von Mittelstreckenraketen

jeglicher Art in Europa gewarnt; als um die Jahreswende 1979/80 sich die Lage erschreckend zugespitzt hatte, wandten sich die Kirchen des Bundes mit einer "Erklärung zur gegenwärtigen weltpolitischen Situation" an die Öffentlichkeit, in der sie auf die noch vorhandenen Verhandlungsmöglichkeiten, vor allem auf die Folgekonferenz der KSZE in Madrid, hinwiesen. Die Bundessynode in Güstrow machte sich die Erklärung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen in Dresden 1981 wortwörtlich zu eigen, die ganz in der Linie der eigenen Überlegungen lag.

Die Kirchen in der DDR sind sich darüber im klaren, daß die Arbeit für den Frieden nur dann wirksam werden kann, wenn sie auch in den Gemeinden selbst voll aufgenommen wird. Das Projekt *Friedenserziehung* ist ein Versuch in dieser Richtung.

Der Verknüpfung Gesamtkirche - Gemeinde dienten auch die besonderen Friedensgottesdienste, die gemeinsam mit den Kirchen der Bundesrepublik und anderer Staaten der Welt, bis hin zu den USA, in den Jahren 1980 und 1981 durchgeführt wurden. Sie waren die erste Frucht von regelmäßigen Konsultationen zu Friedensfragen zwischen Beauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Konferenz der Kirchenleitungen in der DDR, wie sie von der DDR-Bundessynode gefordert worden waren. Die Friedensgottesdienste haben große Resonanz gehabt. Es scheint so, als ob einer der letzten Sonntage des Kirchenjahres zum "Friedenssonntag" werden wird.

Eine große Breitenwirkung bekam die Friedensarbeit, als die evangelische Jugend im zeitlichen Zusammenhang mit den Friedensgottesdiensten sogenannte *Friedensdekaden* durchführte. Das waren breit

gestreute Veranstaltungsreihen, zu denen den jungen Gemeinden umfangreiches und interessantes Material dargeboten wurde. Dieses Angebot traf auf die wachsende Sorge vieler junger Menschen um ihre Zukunft. Sie haben den Verhandlungen der großen Mächte mit ehrlichen Erwartungen entgegengehopt und sind nun enttäuscht, wie sie sich dahinschleppen. Sie hören, daß die Vermeidung eines Atomkrieges erste Priorität vor allem haben müsse, und erleben gleichzeitig, wie für längerfristigen Militärdienst intensiv geworben wird. Sie meinen, mit der Abrüstung bei sich selbst anfangen zu sollen. Sie wollen jedenfalls ein Zeichen dafür setzen, daß für sie der Schrecken des Krieges immer noch groß und die Hoffnung auf eine Welt ohne Waffen immer noch lebendig ist. Ein solches Zeichen sollte eine Schweigeminute am Bußtag 1980 sein.

In der nächsten *Friedensdekade* tauchte das Bild des Denkmals *Schwerter zu Pflugscharen* eines sowjetischen Künstlers auf, das er nach der Vision des Propheten Micha (Kapitel 4,3) geschaffen hatte. Das Bildwerk steht schon lange Zeit vor der Moskauer Tretjakow-Galerie, ein zweites Exemplar schenkte die Sowjetunion den Vereinten Nationen. Es ist in New York vor deren Sitz aufgestellt. Jugendliche, die ihr Engagement für Frieden und Abrüstung deutlich machen wollten, haben sich dieses Bild an ihre Kleidung geheftet. Das führte zu heftigen Reaktionen des Staates. Die Jugendlichen mußten die Aufnäher abtrennen, mit dem Effekt, daß nun die Zahl derer, die sie sich dennoch anhefteten, erheblich wuchs. Es mag da manche Unklarheit geben, etwa die, als ob *Schwerter zu Pflugscharen* umzuschmieden hieße, sofort alle Panzer zu verschrotten. Aber das ist nicht bestimmend. Bestimmend ist die Vision einer Welt ohne Waffen und ohne Kriegshandwerk, die sich mit der marxistischen Hoffnung auf eine

klassenlose und damit endgültig befriedete Gesellschaft durchaus berührt. Ich hoffe, daß das Hoffnungssträchige in diesem Friedenswollen von allen erkannt und als willkommene Hilfe für die Abrüstungsverhandlungen angenommen wird. Und ich hoffe, daß die jungen Menschen nicht in Hoffnungslosigkeit versinken oder zu einer Trotzhaltung kommen, die das eigentliche Ziel - Frieden zu schaffen - aus den Augen verliert.

Das Vorgehen der staatlichen Organe ist nur erklärbar, wenn man eine andere Aktivität der Jugend damit in Zusammenhang bringt. Im Mai des vergangenen Jahres forderte eine Initiative junger Pfarrer aus dem Dresdner Raum dazu auf, Eingaben an die Synoden der Landeskirchen und des Bundes der Evangelischen Kirchen zu richten. Die Synoden sollten bei der Regierung die Einrichtung eines sozialen Friedensdienstes anstelle des Wehrdienstes beantragen. Es kamen einige tausend Unterschriften zusammen. In meiner Berlin-Brandenburger Kirche waren es 490. Die Synoden haben ihr Verständnis für solches Verlangen zum Ausdruck gebracht, zumal die Antragsteller einen Dienst von zwei Jahren statt der gesetzlichen achtzehn Monate angeboten hatten. Schon vor dieser Aktion war von kirchenleitenden Persönlichkeiten mehrmals die Bitte um die Einrichtung eines Ersatzdienstes auf sozialem Gebiet an den Staat herangetragen worden. Von dort kam ein klares Nein. Es wurde auf die Möglichkeit verwiesen, innerhalb der Armee in den Bausoldaten-Einheiten zu dienen. Der Vertreter des Staates begründete die Ablehnung damit, daß die Verfassung der DDR die Allgemeine Wehrpflicht (unter die der Dienst bei den Bausoldaten fällt) ohne Ausnahme vorsehe. Zur Änderung der Verfassung sei man nicht bereit. Er verwies auf die Verteidigungspflicht, die jedem Staat obliege, und auf die Verpflichtungen, die die

DDR im Rahmen ihres Bündnisses habe. Die militärische Stärke sei der größte Beitrag zur Sicherung des Friedens - ein Argument, das nicht auf die DDR beschränkt ist. Man muß wissen, daß in nächster Zukunft geburtenschwache Jahrgänge zum Wehrdienst heranwachsen. Auf staatlicher Seite wurden die Option für solchen Ersatzdienst und die Aufrüher-Aktion zusammengesehen.

Dazu kam im Februar dieses Jahres eine weitere Unterschriftensammlung für einen *Berliner Appell* eines Jugendpfarrers aus dieser Stadt, der eine Reihe politischer Forderungen enthielt (Friedensverträge mit beiden deutschen Staaten, Abzug der Besatzungsmächte und anderes). Dieser Appell wurde wohl in der westdeutschen Publizistik ein wenig zu ernst genommen. Auf jeden Fall hat sein Erscheinen ganz erheblich zur Verschärfung der Situation zwischen dem Staat, den Kirchen und den jugendlichen beigetragen. Die Berlin-Brandenburger Kirchenleitung distanzierte sich von dem Appell, ohne auf die Sachfragen näher einzugehen, und riet von Unterschriften ab.

Dennoch: Es sieht, trotz eines manchmal unverständlich harten Vorgehens gegen die Träger des *Schwerter zu Pflugscharen*-Aufrüher, nicht so aus, als ob das, was am 6. März 1978 zwischen dem Staat und der Kirche erreicht worden war, suspendiert oder gar aufgehoben sei. Die Kirchen jedenfalls sehen nach wie vor ihren Platz als *Kirchen im Sozialismus*, das heißt sie haben ihr Zeugnis und ihren Dienst hier, in dieser sozialistischen Gesellschaft der DDR, zu tun, auf dem schmalen Grat zwischen Opportunismus und Opposition. Auch wenn die Zahl der Christen in der DDR viel kleiner geworden ist, "werden sie auf den praktischen Dienst an der Gesellschaft nicht verzichten, wenn es um die Grundfragen des Überlebens, um Frieden und Gerechtigkeit geht. Dabei verleugnen sie nicht, daß sie durch ihr

Ureigenstes, durch das Zeugnis des Neuen Testaments, zur Verantwortung für den Frieden aufgerufen sind. Das hindert sie daran, sich bedingungslos auf die eine oder die andere Seite zu schlagen, macht ihnen aber zur Pflicht, jeden Schritt auf Frieden und Gerechtigkeit zu, wer ihn auch macht, auf seine Aufrichtigkeit und seine Effektivität hin zu prüfen und ihn - wenn sie es verantworten können - mitzugehen." (Aus dem Bericht des Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen an die Bundessynode in Güstrow September 1981, epd Dokumentation 43/81).

Zu Beginn erinnerte ich an die Begegnung der beiden führenden deutschen Staatsmänner unter dem "Schwebenden" im Güstrower Dom.

Möge die Erinnerung an diese ausdrucksstarke Gestalt über dem Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander und über den Gesprächen zwischen deutschen Staatsmännern lebendig bleiben - für die einen Symbol dafür, daß Leid bewältigt und Zukunft ermöglicht werden kann, für die andern Symbol dafür, daß einer über uns ist, der die Vergangenheit, auch unsere deutsche Vergangenheit, in sich aufgenommen und ans Kreuz getragen hat, daß einer über uns ist, der uns durch seine Auferstehung immer neue Felder der Hoffnung eröffnet und Mut macht, einander offen, tapfer und Vertrauen ermöglichend zu begegnen.